



Aktenzeichen: Pet 2-19-15-2120-041856

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 27.04.2023 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,
- weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Begründung

Mit der Petition wird gefordert, die Impfstoffproduktion durch bezahlte Abgabe der Herstellerlizenzen an andere Pharmaunternehmen zu erhöhen.

Zur Begründung wird u.a. ausgeführt, überall auf der Welt litten die Menschen unter Covid 19, hätten schwere körperliche Beeinträchtigungen und Existenzen würden vernichtet. Es könne nicht sein, dass ein solcher Wirkstoff nicht als Allgemeingut angesehen werde. Die Hersteller müssten für die Abgabe der Lizenz entlohnt werden, sodass sie keinen Verlust hätten. Ziel sollte es sein, so viele Impfstoffdosen zur Verfügung zu stellen, dass alle Impfwilligen möglichst bis Mitte des Jahres 2021 geimpft werden könnten.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Petition verwiesen, die auf der Internetseite des Deutschen Bundestages eingestellt wurde, dort 73 Mitzeichner fand und in zehn Beiträgen diskutiert wurde.

Zu diesem Thema liegen dem Petitionsausschuss mehrere Eingaben mit verwandter Zielsetzung vor, die wegen des Sachzusammenhangs einer gemeinsamen parlamentarischen Prüfung zugeführt werden. Der Ausschuss bittet daher um Verständnis, dass nicht auf alle vorgetragenen Gesichtspunkte eingegangen werden kann.

Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung stellt sich unter Berücksichtigung einer zu der Eingabe erbetenen Stellungnahme des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) wie folgt dar:



Patentrechte sind nach Kenntnis des Petitionsausschusses nicht die Ursache für die Produktionsengpässe, die zu einer verzögerten Durchimpfung der Bevölkerung führen. Ursächlich sind hier vielmehr nicht ausreichend vorhandene Produktionskapazitäten und eine Knappheit bestimmter Ausgangsstoffe. Diese Situation ist jedoch im Begriff, sich sehr schnell zu ändern. Mittlerweile bestehen weltweit rund 300 freiwillige Kooperationen und Lizenzvereinbarungen der Impfstoffhersteller, um die Produktion zu steigern. Im Jahr 2021 wurden rd. 10,5 Mrd. Dosen von Covid-19 Impfstoffen weltweit produziert.

Der Petitionsausschuss ist der Auffassung, dass ein angemessener Schutz geistiger Eigentumsrechte einen wesentlichen Anreiz für die Forschung und Entwicklung von Impfstoffen bietet und eine wichtige rechtliche Voraussetzung für die vertragliche Zusammenarbeit und Lizenzvereinbarungen von pharmazeutischen Unternehmen untereinander und mit Herstellern darstellt, um die Produktionskapazitäten für die Impfstoffherstellung zu erhöhen.

Darüber hinaus unterstützt die Bundesregierung alle Initiativen, die effektiv zu einer besseren Versorgung der Länder des globalen Südens mit Impfstoffen und damit zu einem schnellen Ende der Pandemie führen. So fördert Deutschland die COVAX-Fazilität für den gleichberechtigten Zugang zu Covid-19-Impfstoffen, die gemeinsam von Gavi (der Impfstoff-Allianz), der Coalition for Epidemic Preparedness Innovations (CEPI) und der WHO geleitet wird, mit erheblichen finanziellen Beiträgen.

Ergänzend kann hinzugefügt werden, dass die Versorgung mit COVID-19-Impfstoffen sichergestellt ist. Für den Fall einer neuen COVID-19-Welle oder einer neuen Pandemie hat die Bundesregierung sogenannte Pandemiebereitschaftsverträge abgeschlossen. Die Verträge sichern den Zugriff auf Produktionskapazitäten für mRNA, Protein- und Vektorimpfstoffen von fünf Unternehmen. Hierdurch ist Vorsorge für den Fall einer erneuten Engpasssituation getroffen. Neben der Bereithaltung von Produktionskapazitäten umfassen die Verträge auch Vereinbarungen zur Herstellung und Lieferung von Impfstoffen an die Bundesregierung.

Vor diesem Hintergrund sieht der Petitionsausschuss keinen Anlass für zusätzliche parlamentarische Aktivitäten und empfiehlt, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.



Der abweichende Antrag der Fraktion DIE LINKE., die Petition dem Europäischen Parlament zuzuleiten, wurde mehrheitlich abgelehnt.